

Expertengespräch zum Thema Bürgerbeteiligung

Welchen Beitrag leisten die Mitglieder der Architektenkammer Berlin zur Stärkung von Partizipation

Text: Georg Balzer

Nachdem das Thema Partizipation bereits im April 2018 Gegenstand eines Kammerforums war, geht es jetzt darum, für interessierte Kolleginnen und Kollegen positive Beispiele vorzustellen, die sie in ihre eigene Arbeit übertragen können. Zum Einstieg wird anhand von vier Beiträgen die Vielfalt an Partizipationsmodellen sehr anschaulich dargestellt.

Gabi Pütz (Gruppe F, Landschaftsarchitekten) dokumentiert, wie Partizipation im Verfahren zum landschaftsarchitektonischen Wettbewerb „Rathaus- und Marx-Engels-Forum“ integriert wurde: In der Weiterentwicklung der Bürgerleitlinien des Beteiligungsprozesses „Alte Liebe – Neue Mitte“ wurden in Fachlaboren und folgend Stadtwerkstätten vielfältige Beteiligte der Stadtgesellschaft (Anwohnerinnen und Anwohner, Wohnungsunternehmen, Verwaltung und Kommunalpolitik) einbezogen. Die besondere Herausforderung lag in der aufsuchenden Beteiligung junger Menschen, sowie der interessierten Öffentlichkeit zu den jeweiligen Wettbewerbsergebnissen, die anonymisiert eingesehen werden konnten.

Doris Gruber (Gruber + Popp Architekten) berichtet von Partizipationserfahrungen aus der Schulbauoffensive. Die Herausforderung bestand darin, Bedarfsprogramme für Schulstandorte zu erarbeiten, ohne dass die eigentliche Zielgruppe (künftige Nutzerinnen und Nutzer) beteiligt werden konnte. Die Partizipation fand in einem umfangreichen Steuerprozess statt, an dem Senatsverwaltungen, Bezirk sowie die Bauherrin Howoge beteiligt waren. Insbesondere durch die Flächenkonkurrenz aufgrund der geringen Größe der zur Verfügung stehenden Grundstücke ergaben sich erhebliche Konflikte. Doris Gruber sah die Stärke dieser Partizipation daher im Aushandeln von Lösungen trotz unterschiedlicher Auffassungen.



Initiiert vom Arbeitskreis Stadtentwicklung und Partizipation wurde das Expertengespräch von Georg Balzer moderiert

Ines Wegner (Stattbau GmbH) zeigt auf, wie das Thema Partizipation im Kontext der städtebaulichen Weiterentwicklung einer Wohnanlage aus den 1980ern in der HansasträÙe in Weißensee (Bezirk Pankow) erfolgte. Für 635 Haushalte der Gesobau wurde von der Stattbau GmbH ein Beteiligungsverfahren organisiert. Umgesetzt wurden dabei die Leitlinien der Beteiligung der Gesobau, die als Auftraggeberin mit der Ansage „ins Rennen ging“: Wir informieren, lassen die Möglichkeit der Konsultation und Mitwirkung zu, jedoch wir entscheiden. Die Beteiligung bezog sich zudem nur auf die Weiterentwicklung des Freiraums, die städtebauliche Einordnung von vier ergänzenden Wohnbauten galt als gesetzt. Die Haushalte konnten sich in einem Nachbarschaftsbeirat aktiv beteiligen. Bemerkenswert war, dass im Zuge der Projektbegleitung, auch angeregt durch den Nachbar-

schaftsbeirat, ergänzende Gutachten zu den Themen Freiraum, Verkehr und ruhender Verkehr erarbeitet wurden.

Andrea Hoffmann von Raumlabor zeigt als Beispiel für ein kooperatives Verfahren die Beteiligung am Haus der Statistik auf. Hier galt es, die vielfältigen Ansprüche der beteiligten fünf Akteure aufzunehmen und in einen planerischen Rahmen zu bringen. In offenen Netzwerktreffen beteiligten sich Nutzergruppen, landeseigene Wohnungsunternehmen, Kommunal- und Landespolitik sowie Verwaltungen (Senat, Bezirk), um ein tragfähiges Nutzungskonzept abzustimmen. Mit den definierten Funktionen wurde ein architektonisch-städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnis Grundlage für den Bebauungsplan ist. Die Praktikabilität der Funktionen wurde parallel mit Pioniernutzungen erprobt. Der mit der intensiven Auseinan-

dersetzung der Positionen der jeweils anderen Seite erfolgte Lernprozess führte dazu, dass die Nutzergruppen am weiteren Planungsprozess beteiligt bleiben. Insgesamt ging es hier um die Gestaltung eines zunächst offenen Prozesses, in dem schrittweise Planungsparameter im Dialog der beteiligten Akteurinnen und Akteure entwickelt werden.

Damit liegen vielfältige Ansätze für eine anregende Diskussion vor. Hinterfragt wird zunächst der Charakter der Beteiligung: Sind Partizipationsprozesse von den Auftraggebern ernst gemeint, oder dienen sie eher der Befriedung der Anwohnenden? Werden die Anwohnenden als Zielgruppe von Partizipationsverfahren mit ihrer Expertise als Fachleute und Auskenner in ihrem Kiez anerkannt und nehmen sie sich als wirksam im Prozess wahr? Sind Partizipationsprozesse tatsächlich ergebnisoffen konzipiert, und sind in diesen Prozessen die Auftraggebenden bereit, mit der Expertise der Anwohnenden und der den Prozess steuernden Partnerinnen und Partner umzudenken und zu lernen?

Gabi Pütz betont, dass es wichtig ist, eine erkennbar klare Haltung im Prozess zu haben, die sowohl mit der fachlichen Perspektive, die als Planende eingebracht wird, verbunden ist als auch mit gegenseitigem Respekt für die jeweilige Position. Zum Gelingen des Prozesses, nicht zum Befrieden, sollte mit den Argumenten der Teilnehmenden kreativ umgegangen und sie der Aufgabe gemäß weiterentwickelt werden.

Mit den in Berlin vorhandenen Flächen- und Nutzungskonflikten müssen die unterschiedlichen Positionen transparent angesprochen werden.

Sagt Doris Gruber und dass es aus Sicht der Planenden neue Raummodelle zu entwickeln und für deren Umsetzung zu kämpfen

gilt. Bei jedem Bauvorhaben und der dazugehörenden Partizipation gilt es zu erfragen, was die Nutzerinnen und Nutzer wollen.

Ines Wegner resümiert aus ihrem vorgestellten Verfahren: Auftraggebende sind durchaus lernfähig und bereit, ihre Sichtweise zu öffnen oder zu ändern. Beteiligung bietet die Möglichkeit der Erkenntnis.

Wenn Meinungen der Anwohnenden im Prozess gehört werden, erleben die Beteiligten ihre Wirksamkeit.

Das trägt zum Erfolg der Partizipation bei. Voraussetzung dafür ist jedoch ein konstruktiver und transparenter Umgang miteinander.

Andrea Hoffmann knüpft daran an und betont, dass ein guter Partizipationsprozess einer Verstärkung bedarf. Die Teilnehmenden lernen gegenseitig voneinander und entwickeln Erwartungen an den Prozess, Umsetzungsschritte eingeschlossen. Erforderlich ist es daher, dass Auftraggebende Partizipation nicht als einen einmaligen Baustein, sondern als Prozess begreifen, der in Kontinuität gedacht und umgesetzt werden muss.

Die Beispiele und die folgende Diskussion zeigen: Mitglieder der Architektenkammer sind wichtige Multiplikatoren in der Ausgestaltung von Partizipationsprozessen. Die Leitlinien der Partizipation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung scheinen einen Rahmen zu geben, der von den Akteurinnen und Akteuren je nach Aufgabe eigenverantwortlich genutzt wird. Zum Gelingen von Beteiligungsprozessen trägt bei, wenn sie zugewandt, kreativ und auf Augenhöhe durchgeführt werden. Partizipationsprozesse bieten einen Lerneffekt für alle Beteiligten.

Dies gelingt umso mehr, wenn Transparenz und Glaubwürdigkeit im Umgang Grundlage der Aushandlungsprozesse sind. Die Partner müssen sich gegenseitig respektieren. Die Partizipation muss einen Rahmen schaffen, mit dem der Perspektivwechsel möglich ist. Sofern dies der Fall ist, kann der Anspruch an

die Qualität der Planung mit der Partizipation gesichert oder sogar verbessert werden. Zum Rahmen der Partizipation gehört auch, zu vermitteln, was nicht Bestandteil des Verfahrens ist. Das transparente Aufzeigen klarer Grenzen zu Beginn des Verfahrens ist ein Zeichen des Vertrauens und der Offenheit der Beteiligten zueinander.

Vorhaben, die Anlass für eine Partizipation sind, müssen einen für die Anwohnenden erkennbaren Mehrwert besitzen.

Das Reduzieren von Vorhaben auf z. B. nur den gesamtstädtisch erforderlichen Wohnungsbau, der auf Kosten von Parkplätzen geht, wird nach vielen Erfahrungsberichten abgelehnt. Gut ist es, wenn die Beteiligten (Wohnungsunternehmen, Verwaltungen, Anwohnende) die verschiedenen stadtplanerischen Facetten im Blick haben und diese einbringen, z. B. Angebote für bisher fehlende gemeinschaftliche Einrichtungen, neue platzsparende Lösungen für den ruhenden Verkehr oder Aufwertungsvorschläge im Freiraum.

Partizipation gehört zum Leistungsbild der Mitglieder der Architektenkammer. Die Leistungen der Planenden sind fachlich qualifizierte Leistungen, die angemessen vergütet werden müssen.

Die hier gezeigten Beispiele und die Diskussion dazu dokumentieren erste Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebenden. Um den Blick abzurunden, werden in der Folgeveranstaltung 2022 private Auftraggeberinnen und Auftraggeber in die Debatte einbezogen. Dies können landeseigene Wohnungsunternehmen oder Baugruppen sein, sofern bei diesen Verfahren beispielhafte Themen diskutiert wurden wie etwa das Integrieren gemeinschaftlicher Nutzungen zur Reduzierung der individuellen Wohnfläche. Auch aus dem in den Startlöchern stehenden Verfahren rund um das Signa-Vorhaben auf dem Grundstück des ehemaligen Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz können erste Schlüsse gezogen werden. Als wichtige Akteurin auf Landesebene wird die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung um ihre Teilnahme angefragt. □